

# Die Den Haag Erklärung

gemäss der vom Vorstand  
vorgeschlagenen  
Kongress-Entschliessung

Sozialdemokratische Partei Europas



## **EUROPA, UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT**

Den Haager Erklärung der Partei der Europäischen Sozialdemokratie  
9. und 10. November 1992

1. Die Sozialisten und Sozialdemokraten Europas bekennen sich vollinhaltlich zum Prozeß der europäischen Integration. Die Gemeinschaft ist sowohl ein Instrument zur Förderung von Frieden, Wohlstand, sozialer Fürsorge und Gerechtigkeit als auch zur Vertiefung der Zusammenarbeit auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Darüber hinaus ist sie ein Garant für Stabilität in Europa.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten haben bei der Schaffung eines starken Europa als stärkste politische Kraft auf europäischer Ebene eine wesentliche Rolle gespielt. Für sie gilt es weiterhin, ein Europa anzustreben, das gleichermaßen offen ist für seine Bürger wie für die Welt; ein Europa des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts für alle; ein Europa, in dem sowohl die Solidarität zwischen und innerhalb der Nationen als auch zwischen den Generationen das leitende Prinzip ist.

Das ist der Kern unserer Botschaft und unseres Aufrufs an die Menschen in Europa, die in scharfem Widerspruch zur Politik derer steht, die sich nur für ein Europa des Freihandels einsetzen. Ihr Ansatz führt nur zu größerer Arbeitslosigkeit. Wir sind überzeugt davon, daß wir dieses Europa gemeinsam aufbauen müssen: Der Gedanke eines Europa der zwei Geschwindigkeiten würde die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten untergraben und ist deswegen abzulehnen.

2. Der erste Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Europas ist ein Meilenstein in der Entwicklung sozialistischer und sozialdemokratischer Politik in Europa. Wie vom Vertrag von Maastricht vorgesehen, sind europäische Parteien eine gestaltende Kraft bei der Vertretung und Verwirklichung der Erwartungen der Völker Europas. Die europäische Partei wird darüber hinaus die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der europäischen Politik fördern. In einer Zeit sich überschlagender historischer Ereignisse und tiefgreifender Veränderungen der heutigen Welt stellt die Sozialdemokratische Partei Europas die treibende Kraft zur Entwicklung neuer Strategien dar, die den Problemen gerecht werden, denen unsere Völker gegenüberstehen.

Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Gemeinschaft sind dabei, neue und wirkungsvollere Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, um ein wirksamerer Faktor bei der Begegnung der Herausforderungen der Gemeinschaft zu sein.

Der Beschluß zur Gründung einer Europäischen Partei und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in ihre Geschäftsordnung bringen die feste Überzeugung zum Ausdruck, in dieser bedeutenden Phase der europäischen Integration stärker zusammenzuwirken. Mehr als jemals zuvor kommt es auf gemeinschaftliches Handeln an. Eine stärkere politische Koordinierung, das gemeinsame Programm für die Wahlen von 1994 und andere Aktivitäten werden sicherstellen, daß die neue Sozialdemokratische Partei Europas den Kern der Anstrengungen zum Aufbau eines besseren Europas bildet.

Wir begrüßen besonders herzlich die Gründung von ECOSY, der Organisation unserer Jugendorganisationen auf europäischer Ebene, die ohne Zweifel dadurch einen Anstoß geben werden, daß sie die Jugend in das Projekt der europäischen Zukunft einbezieht.

3. Die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten wollen an Europa weiter arbeiten. Ihre Tagesordnung für die 90er Jahre enthält die folgenden 10 Punkte:

### 3.1. Eine Beschäftigungsstrategie für die 90er Jahre

Die Verbindung von Stagnation in einigen und von Rezession in anderen Mitgliedstaaten gefährdet Arbeitsplätze und Lebensstandards und gleichzeitig die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Binnenmarkt vergrößert die Möglichkeiten, und die Währungsunion trägt zur Stabilität bei; sie sind aber als solche ungeeignet, um ausgewogenes Wachstum und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erreichen und den nötigen Wohlstand zu erzeugen, die Lebensstandards zu verbessern und Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Gemeinschaft herbeizuführen. Politische Maßnahmen sind erforderlich, um die im Vertrag von Maastricht festgelegten Ziele aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln und die Wiederherstellung unserer so dringend benötigten Wirtschaftskraft zu gewährleisten.

Unsere Aufgabe ist es, die Wachstumsrate zu ermitteln, ohne die Währungskonvergenz lediglich ein Deflationsmechanismus wäre und das soziale Europa nicht mehr als ein Kompensationsinstrumentarium, keinesfalls aber eine Angelegenheit von Rechten, Verantwortlichkeiten und Chancengleichheit wäre.

In diesem Lichte schließt die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeräumte Priorität u.a. ein, daß auf Gemeinschaftsebene eine konzertierte und koordinierte Wachstumsförderung betrieben und entsprechende industriepolitische Maßnahmen vorgesehen werden.

Wir begrüßen und unterstützen mit Nachdruck die sowohl von Jacques Delors als auch dem Europäischen Gewerkschaftsbund aufgestellte Forderung nach einer koordinierten Wachstumsstrategie, um die europäische Wirtschaft wieder anzukurbeln. Wir fordern, daß der nächste Europäische Gipfel der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation dringliche Aufmerksamkeit widmet.

### 3.2. Wirtschaftliche und soziale Kohäsion

Solidarität ist in Europa von grundlegender Bedeutung. Eine wirkliche Politische Union bedeutet wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Ausgleich zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten. Solange die Gemeinschaft nicht die Fähigkeiten und den Beitrag der Frauen nutzbar macht, wird die Gemeinschaft als Ganze geschwächt. Innerhalb des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion sollte für die Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger Chancengleichheit bestehen. Die Bedeutung der Frau in der Gesellschaft muß in jeder Hinsicht volle Berücksichtigung in der Politik der Gemeinschaft finden.

Ein gemeinsames Vorgehen ist notwendig, um soziale Spannungen und wirtschaftliche Verzerrungen auf dem Wege zur Währungsunion zu vermeiden. Wir werden uns für eine verbesserte Koordinierung gemeinsamer Ziele bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und eine verstärkte Solidarität einsetzen, um einem Europa der zwei Geschwindigkeiten vorzubeugen.

### 3.3. Ein soziales Europa

Ohne soziale Dimension hat der Binnenmarkt fatale Mängel. Der Vertrag von Maastricht ist das Fundament, auf dem die Sozialisten und Sozialdemokraten diese soziale Dimension errichten möchten. Schwerpunkte ihrer Sozialpolitik sind: neue Arbeitsplätze, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, besondere Fördermaßnahmen (positive Aktionen), Wirtschaftsdemokratie und betriebliche Mitbestimmung sowie sozialer Zusammenhalt. Sie sollen den sozialen Dialog auf Gemeinschaftsebene verstärken. Als erster Priorität sollte der Umsetzung der Sozialcharta mehr Bedeutung beigemessen werden. Die Schwächsten der Gesellschaft dürfen nicht darunter leiden, den Preis für die wirtschaftlichen Fehler der jüngsten Vergangenheit bezahlen zu müssen. Vor den nächsten Europawahlen müssen klar erkennbare Fortschritte erzielt werden.

### 3.4. Ein umweltfreundliches Europa

Die Sozialisten und Sozialdemokraten unterstreichen die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Generationen. Umweltverschmutzung macht nicht Grenzen halt, deshalb bemühen wir uns um gleiche Umweltnormen überall in Europa. Wir fordern von der Gemeinschaft eine Weiterentwicklung ihrer Umweltpolitik, die Normen zu erhöhen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Umwelt in Europa zu schützen und zu verbessern. U.a. müssen wir sicherstellen, daß die umweltpolitische Gesetzgebung der Gemeinschaft vollständig und angemessen in der gesamten Gemeinschaft umgesetzt wird. Dies in Verbindung mit dem Kohäsionsfonds wird eine nachhaltige und wirksame Verbesserung der europäischen Umwelt ermöglichen. Wir fordern von der Gemeinschaft die vollständige Anwendung der Entschlüsse des Gipfels von Rio, insbesondere die Verstärkung strikter Kontrollen von umweltbelastenden Emissionen.

### 3.5. Ein demokratisches Europa

Sozialisten und Sozialdemokraten bekennen sich zu einem demokratischen Europa. Der Vertrag über die Europäische Union zeigt den Weg, auf dem wir uns weiterbewegen sollten. Bei Mehrheitsentscheidungen sollte dem Euroäischen Parlament das Recht auf Mitentscheidung eingeräumt werden. Bei Konsensentscheidungen sollten die nationalen Parlamente voll beteiligt werden. Die nächste Regierungskonferenz sollte sich mit der Anwendung dieses Prinzips im Rahmen einer Vertragsänderung näher befassen.

### 3.6. Ein tolerantes Europa

Toleranz ist ein Grundwert unserer Bewegung. Wir sind entschlossen, extremistischen Rassismus und Nationalismus zu bekämpfen, die die Stabilität der Gesamtheit unserer Gesellschaften gefährden und die Minoritäten bedrohen. Nur in einem toleranten Europa wird die kulturelle

Vielfalt Europas ein vorteilhafter Faktor und keine Bedrohung sein. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, uns bei diesem Kampf zu unterstützen. Da Europa zunehmend zu einer Zone der Zuwanderung wird, streben wir die Annäherung der Zuwanderungs- und Asylpolitik an.

### 3.7. Ein Europa der Bürger

Die nationale Staatsbürgerschaft wird durch eine europäische ergänzt. Das Konzept der europäischen Staatsbürgerschaft ist ein sich entwickelndes Konzept, das freien Personenverkehr, Aufenthalt und Verbleib, Wahlrecht für europäische Bürger bei Kommunal- und Europawahlen an ihrem Wohnort, die Schaffung eines europäischen Rechtsraumes, die Entwicklung der in der Europäischen Sozialcharta enthaltenen Rechte, die Einführung einer Charta des Rechts der Bürger auf den Schutz der Umwelt und die Verkündung einer Charta über die Rechte und Pflichten des europäischen Bürgers mit sich bringt. Wir werden uns für die Verwirklichung dieses Programmes einsetzen.

### 3.8. Eine angemessene Finanzierung der Union

Die im Delors II Paket enthaltenen Maßnahmen, die die Kohäsion als einen der Pfeiler der Entwicklung der Gemeinschaft herausstellen, sollten beraten und so bald wie möglich verabschiedet werden.

### 3.9. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Identität Europas wird durch die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt. Frieden und Sicherheit stehen weit oben auf unserer Tagesordnung. Europa trägt die Verantwortung für die Schaffung stabiler und gerechterer Beziehungen im Osten wie im Süden.

Damit dies möglich wird, muß Europa sicherstellen, daß seine Aktivitäten als Ganzes im Kontext seiner Außenbeziehungen schlüssig sind. Dazu gehört die gegenseitige Information, die stetige Zusammenarbeit, falls erforderlich gemeinsame Maßnahmen und ein enges Zusammenwirken in internationalen Organisationen und Konferenzen. Die Mitwirkung der Gemeinschaft sollte prinzipiell auf alle Aktionen der Vereinten Nationen unter Berücksichtigung der Verfassungen der Mitgliedstaaten ausgedehnt werden.

Die gesamte Welt erwartet, daß Europa in internationalen Fragen bei der Verbesserung der Menschenrechte und dem Ausbau der Entwicklungspolitik eine aktive Rolle spielt.

### 3.10. Erweiterung der Gemeinschaft

Die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union und eine Vereinbarung über die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaft sind bereits eingegangene Verbindlichkeiten, die es erlauben würden, die Erweiterung der Gemeinschaft in Angriff zu nehmen. Es ist zu hoffen, daß förmliche Verhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und den anderen Staaten, denen eine positive Stellungnahme der Kommission vor dem Ende des Jahres 1992 zugeht, Anfang 1993 beginnen und unverzüglich abgeschlossen werden.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß bei mehr als einigen Staaten die Erweiterung neuer Reformen der Gemeinschaftsinstitutionen erfordert, die ihre Leistungsfähigkeit und demokratische Kontrolle unter Wahrung der Interessen und Rechte jedes einzelnen Mitgliedstaates verbessert. Die für 1996 vorgesehene Regierungskonferenz hat die Aufgabe, in dieser Frage Vorschläge vorzulegen.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß die Gemeinschaft zum Fortschritt der Demokratisierung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowohl Mittel- und Osteuropas als auch des Mittelmeerraums beitragen muß. Sie halten es für erforderlich, diesen Ländern eine klare Perspektive im Hinblick auf ihre Beziehungen mit der Gemeinschaft zu eröffnen. Sie hoffen, daß die Gemeinschaft das Spektrum ihrer Zusammenarbeit mit allen Nachbarstaaten nach Osten und Süden stärken und erweitern können, insbesondere durch Assoziierungsabkommen, die Vereinbarung gemeinsamer Standards für den Erhalt von Natur und Gesundheit ebenso wie durch eine weitere Ausdehnung europäischer Programme, denn Stabilität und Sicherheit in Europa hängen vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in diesen Ländern ab.

Der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Europas begrüßt die Bereitschaft der beitrittswilligen Staaten, sich in vollem Umfang und aktiv an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu beteiligen.

4. Wir haben den Vertrag von Maastricht begrüßt und hoffen, daß der Ratifizierungsprozeß so schnell wie möglich ohne Neuverhandlungen beendet werden wird. Wir bringen unsere Absicht zum Ausdruck, alles in unseren Möglichkeiten stehende zu unternehmen, um die Isolation Dänemarks zu verhindern, das einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung gemeinsamer europäischer Politiken geleistet hat und leistet.

Der Vertrag von Maastricht muß nach seinen eigenen Verdiensten beurteilt werden. Die Sozialisten und Sozialdemokraten unterstützen Maastricht. Der Vertrag ermöglicht die Einführung einer verbesserten gemeinsamen Sozial- und Umweltpolitik. Ohne Maastricht wären nur die Kräfte des Marktes bestimmend. Der Vertrag markiert den Beginn einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Maastricht wird auch eine Verbesserung der demokratischen Kontrolle bewirken. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird auf der Grundlage des wirtschaftlichen Zusammenhalts zu einer einheitlichen und stabilen fiskalen und monetären Situation in Europa führen, die eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist.

Die Europäische Union wird nicht zuletzt die Mitgliedstaaten dazu veranlassen, Probleme gemeinsam zu lösen und nicht auf Kosten eines anderen. Dies ist beispielsweise im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Bedeutung.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten werden politische Vorschläge ausarbeiten, die die Mängel des Vertrages ausgleichen, insbesondere auf dem Gebiet der demokratischen Kontrolle und der Sozialpolitik, angesichts der Entscheidung der konservativen britischen Regierung, sich dieser zu entsagen.

5. Wir Sozialisten und Sozialdemokraten wollen ein Europa mit mehr Transparenz. Für die Bürger Europas führen die Beziehungen zwischen nationaler und europäischer Ebene zu Beunruhigung. Es ist demzufolge die Verantwortung der europäischen und nationalen Politiker, eine klare Arbeitsteilung zwischen der nationalen und der europäischen Politik herbeizuführen. Politik auf europäischem Niveau muß die Interessen der Bürger, die in den verschiedenen Nationen leben, besser widerspiegeln. Dies wird den Geist der Zusammenarbeit fördern.

Wir bekräftigen daher erneut die Notwendigkeit, bei Entscheidungen der Gemeinschaft Transparenz zu gewährleisten, die Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger besser sicherzustellen und das Subsidiaritätsprinzip dahingehend zu klären, daß Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie am effektivsten und demokratischsten sind sowie so nahe am Bürger als möglich. Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips darf nicht zum Vorwand herhalten, die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft, insbesondere auf dem Gebiet der Umwelt und der Sozialpolitik zu blockieren.

Die Sozialdemokratische Partei Europas wird eine umfangreiche öffentliche Kampagne in Europa starten, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu unterstreichen, das Konzept der Subsidiarität zu konkretisieren und eine Diskussion über politische Prioritäten für die Europawahlen 1994 zu führen.

Mit Bezugnahme auf die fortdauernden Verhandlungen für eine Einigung mit Dänemark, trägt die Sozialdemokratische Partei Dänemarks die Punkte 3.7 und 4 des Absatzes 2 der Erklärung nicht mit.